

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Schneern.
Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Vorsatzseite 25 Pfg.
Die Restseiten 70 Pfg.

Exemplare in Bergnassau-Schneern, Sulzbach, Oberhof, Attenhausen, Schweighausen, Hömberg, Elfenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Fernsprechanschluss Nr. 24.

Nr. 21

Druck und Verlag:
Buchdr. Gebr. Müller, Nassau (a. Rhn.).

Donnerstag, 20. Februar 1919.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (a. Rhn.).

42. Jahrg.

Bekanntmachung.

Betr. Geldverkehr im besetzten Rheinlande.

In den besetzten Rheinlanden ist der Geldverkehr folgenden Bedingungen unterworfen:

1. Deutsches Finanzwesen.
Staatsgelder müssen — unter Kontrolle — aus dem unbesetzten nach dem besetzten Gebiet geschickt werden.

Sendungen in umgekehrter Richtung sind unterliegt: In Ausnahmefällen kann Genehmigung erteilt werden. Zahlungen von Alters- und Versicherungsprämien sind erlaubt.

2. Privatgeldverkehr.

Gestattet sind:

1. Im allgemeinen alle Wechselgeschäfte, die zum Ziel Überfönden von Geld von rechtsrheinischen nach dem linksrheinischen (Brückenkopf einschließl.) Gebiet haben (Austausch von Wechseln, verfallenen Zinsscheinen usw.).

2. Überweisung von Geldern als Gegenwert gekaufter und nach dem linken Ufer gesandter Rohstoffe.

3. Bezahlung von Erzeugnissen, deren Versand in beiden Richtungen erlaubt ist.

4. Geldsendungen, die zum Auszahlen von Pensionen, Pensionen, Unfall- und Lebensversicherungen oder Altersrenten dienen.

Prinzipiell dürfen für ausländische Märkte Bedeutung habende Werte (Wechsel, mobile Werte, Postwerte usw.) aus dem besetzten Gebiet nicht verschickt werden ohne besondere Erlaubnis der in Mainz befindlichen Austauschkommission, die alle Geschäfte dieser Art mit dem gesamten Deutschland zu überwachen hat.

Geld- und Wertsendungen aus den besetzten Rheinlanden nach den unbesetzten Gebieten betreffende Korrespondenz ist durch die Interessierten mit der Post an die Ausnahmestelle gestaltende Kommission nach Trier zu senden, die sie an die Empfänger weiterleitet.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.

A. Graignic, Rittmeister.

Anzeige über Zahlungsverkehr.

Folgende Verfügungen des Generals Mangin, Oberbefehlshaber der 10. Armee, die Erleichterung zur Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens der Rheinlande betreffend, werden hiermit der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht.

Sämtliche Zahlungsverfahren, welche durch den genehmigten geschäftlichen Verkehr herbeigeföhrt werden können vom 3. Februar an mit den unbesetzten deutschen Gebieten zur Ausführung gebracht werden unter der Bedingung, daß es durch Vermittlung einer von der französischen Verwaltung speziell bezeichneten Bank geschieht.

Die zu diesem Zweck bis auf weiteres ermächtigten Banken sind:

Reichsbank, Filiale Mainz,
Diskontogesellschaft, Filiale Mainz,
Kronenberger und Co., Filiale Mainz.

Die betreffenden können sich deshalb nach freier Wahl an eine dieser drei Banken wenden.

Postanweisungen für das unbesetzte Gebiet können ohne weitere Kontrolle eingeliefert werden, falls sie die Summe von 50 Mark nicht übersteigen.

Anweisungen von höheren Beträgen können nur bei ganz besonderen Gründen angenommen werden.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.

A. Graignic, Rittmeister.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Fach übergab dem Reichsminister Erzberger heute nachmittag um 3 Uhr folgende Vorschläge zu einem Zusatzabkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes:

1. Die Deutschen müssen unverzüglich alle Offensivbewegungen gegen Polen in dem Gebiet von Posen oder in jedem anderen Gebiet aufgeben. Die Demarkationslinie verläuft folgendermaßen: nach der Logikarte der Obersten Heeresleitung vom 6. Februar von der russischen Grenze bei Lützenfeld auf der Linie die über westlich Lützenfeld, westlich Großneudorf, südlich Brzoz, nördlich Schubin, nördlich Eria, südlich Samotschin, südlich Chodzie, nördlich Czarnikau, westlich Miala, westlich Wittenbaum, westlich Bentzen, westlich

Wollstein, nördlich Lissa, nördlich Rawitsch, südlich Krotoschin, westlich Adelnau und westlich Schildberg, nördlich Bieruch (Eichenbrunn) bis zur schlesisch-russischen Grenze. Also bleibt Ost- wahrscheinlich mit Ost- und Westpreußen zu interpretieren und Oberschlesien wie heute in unserer Hand. Die Regierung in dem so umschriebenen Gebiet ist in den Waffenstillstandsbedingungen nicht vereinbart. Diese Frage bleibt offen, da tatsächlich festgestellt ist, daß es sich hier nur um eine provisorische Abmachung handelt, welcher dem Friedensvertrag in keiner Weise vorgreift. Der Schutz der Deutschen in diesem Gebiet wird von einer internationalen Kommission in Warschau garantiert, welche wahrscheinlich Vertreter nach Spa entsenden dürfte.

2. Der durch das Abkommen vom 13. Dezember und 16. Januar bis 17. Februar verlängerte Waffenstillstand vom 11. November wird neuerdings für eine kurze und bestimmte Zeitdauer verlängert, wobei die Alliierten und assoziierten Mächte sich das Recht vorbehalten, mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen.

Das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet.

— Weimar, 17. Februar. Die Reichsregierung hat an den Reichsminister Erzberger, Waffenstillstandskommission, folgende Mitteilung ergeben lassen:

Bitte Abkommen unterzeichnen, aber vorher Marshall Foch folgende schriftliche Erklärung übergeben:

Die deutsche Regierung ist sich der schweren Folgen bewußt, welche sowohl die Annahme als auch die Ablehnung des Abkommens nach sich ziehen muß. Wenn sie ihren Delegierten angewiesen hat zu unterzeichnen, so geschieht das in der Überzeugung, daß die Alliierten und assoziierten Regierungen jetzt ernstlich bemüht sind, innerhalb der kurzen Frist, für die sie den Waffenstillstand verlängert haben, in den Frieden überzugehen. Die deutsche Regierung ist aber genötigt, ihren Standpunkt zu den drei Bestimmungen durch folgende Bemerkungen klarzulegen.

1. Das Abkommen injuriert die aus dem Volkswillen in geordneter Form hervorgegangene deutsche Regierung und legt den Deutschen in Form schriftlicher Befehle und Verbote zu gunsten der ausländischen Polen die Pflicht auf, einige wichtige Plätze, darunter Birnbaum und Bentzen, ohne weiteres zu räumen. Die Plätze sind in deutscher Hand, überwiegend deutsch besiedelt und von wesentlicher Bedeutung für den Osten. Dabei bieten die Alliierten und assoziierten Mächte nicht einmal die Gewähr dafür, daß die Polen es ihrerseits unterlassen, neue Angriffe zu unternehmen und vorzubereiten, daß sie die deutsche Bevölkerung, die auf deutschen Schutz verzichten muß, menschenwürdig behandeln, daß sie die deutschen Geiseln, deren Verbleiben jetzt jeden Sinn verliert, freigeben und sie dem Lebensmittelverkehr nach dem Westen hin aufrecht erhalten.

Wenn wir auch bereit sind, jede militärische Angriffshandlung in Posen und anderen Gebieten einzustellen und die gegenwärtige militärische Lage dort als Basis anzuerkennen, so müssen wir doch verlangen, daß auch die Polen die Demarkationslinie einhalten.

2. Deutschland darf darauf hinweisen, daß es bis zur völligen Erschöpfung seiner wirtschaftlichen Kräfte und bis zur Zerrüttung seiner Verkehrsverhältnisse sich bemüht hat, den Bestimmungen nachzukommen. Es will versprechen, die Punkte zu erfüllen, deren Durchführung nicht gelänger ist. Dabei darf es aber annehmen, daß seine Verpflichtungen nicht in einer Weise ausgelegt werden, die mit den beliderlichten anerkannten Grundgesätzen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika unvereinbar sind und den Gedanken des Rechtsfriedens jankt machen. Ob wir die in Aussicht gestellten Weisungen der alliierten obersten Heeresleitung im vollen Umfange zu befolgen in der Lage sind, müssen wir abwarten.

gez. Scheidemann.

Die Nationalversammlung.

Das Waffenstillstandsabkommen.

Weimar, 17. Februar. Nach einer Rede des Ministerpräsidenten Scheidemann und Berichterstatter des Reichsministers Erzberger wurde die heutige Sitzung aufgehoben.

Präsident Fehrenbach: Wir alle stehen unter dem Eindruck der Mitteilung, die uns Minister Erzberger über die schmerzlichen Verhandlungen in Trier gemacht hat. Das deutsche Volk ist von schwerer Sorge über dieses Waffenstillstandsabkommen und seine Folgen erfüllt. (Allseitige Zustimmung.) Unter diesen Umständen wäre es wenig angezeigt, wenn wir jetzt unmittelbar nach diesem, so überaus schmerzlichen Mitteilung die allgemeine politische Aussprache vom Samstag fortsetzen würden. Ich schlage deshalb vor, für heute darauf zu verzichten. Auch der preussische Justizminister und der Kriegsminister, die sich zum Wort gemeldet haben, haben sich entschlossen, ihre Reden auf später zu verschieben.

Das Haus erklärt sich mit dem Vorschlage des Präsidenten einverstanden.

Die Verfassung des Völkerbundes.

Haag, 15. Febr. Präsident Wilson hat gestern in der Vollziehung der Friedenskonferenz im Namen der Kommission des Völkerbundes Bericht erstattet. Nach seiner Erklärung ist von 14 Nationen — Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Brasilien, China, Tschechoslowakei, Griechenland, Polen, Rumänien, Portugal und Serbien — die von Wilson verlesene Urkunde einstimmig beschloffen worden. Sie lautet in der Einleitung wörtlich:

Verfassung des Völkerbundes, um internationale Zusammenarbeit zu fördern und den internationalen Frieden sicherzustellen durch die Uebernahme der Verpflichtung, nicht seine Zuflucht zum Kriege zu nehmen, und um öffentliche, gerechte und ehrliche Beziehungen zwischen den Nationen zu erreichen durch einen richtigen Begriff des Völkerrechts.

Als Leitmotiv für die Regierungen dient die Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit und der Achtung vor allen Verträgen. Vor allen Handlungen, die organisierte Völker untereinander vornehmen, haben die Mächte, die dieses Abkommen unterzeichnet haben, die Verfassung des Völkerbundes angenommen. (Die Verfassung umfaßt 26 Artikel.)

Einberufung der preussischen Landesversammlung.

Berlin, 14. Februar. Wie die „Vossische Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle hört, ist gestern im preussischen Kabinett beschloffen worden, die preussische Landesversammlung zum 4. März einzuberufen.

Die Deutsche Volkspartei fordert Rechenschaft.

Weimar, 15. Febr. In der heutigen Beratung der Kreditvorlage hat die (Liberal) Deutsche Volkspartei einen Antrag eingebracht, wonach die Regierung aufgefordert werden soll, eine Denkschrift vorzulegen, in der die Ausgaben seit dem 9. November genau festgestellt und mitgeteilt werden soll, von wem die Aufträge zu den Ausgaben ausgegangen sind.

Versenkung der U-Boote.

Kiel, 14. Febr. Eine Verbandskommission hat angeordnet, daß alle Unterseeboote auf der Germaniawerft, die bis zum 7. Februar nicht abgebaut sind, versenkt werden sollen. Die Werft hat bis jetzt nur eine einfache Schicht arbeiten lassen, um Arbeit für die Leute zu haben. Nun war die Kommission mit dem Fortschritt der Arbeiten unzufrieden und verfügte diese Maßregel.

Die Einreise in den Brückenkopf Mainz.

Frankfurt a. M., 14. Februar. Der Abschnittskommandeur der 4. neutralen Zone gibt bekannt, daß die Einreise von Zivilpersonen, die vor Kriegsausbruch in besetzten Gebieten beheimatet waren, in das Gebiet des Brückenkopfes Mainz und den westlich anschließenden Teil noch immer gesperrt ist. Es schweben jedoch Verhandlungen, die in Kürze

die Aufhebung dieser Sperre erwarten lassen. Allerdings werden dann die Einreisenden einige Tage Aufenthalt in einem noch zu bestimmenden Quarantänelager nehmen müssen. Näheres wird durch die Presse bekannt gegeben werden.

Ludendorffs Verwahrung gegen Scheidemann.

— Berlin, 17. Februar. Ludendorff hat in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Scheidemann gegen dessen Ausführungen in seiner Rede in der Nationalversammlung Verwahrung eingelegt. Er wird, wie bereits gemeldet, binnen kurzem nach Deutschland zurückkehren.

In Duisburg.

— Duisburg, 17. Februar. In Duisburg sind heute zwei weitere Kompanien Belgier eingetrückt. Die Soldaten beziehen Massenquartiere. Die Offiziere erklärten, daß sie gegen spartakistische Unruhen mit den Waffen in der Hand vorgehen würden. Die Spartakusleute stellten dem Oberbürgermeister ein Ultimatum auf. Herausgabe der beschlagnahmten Waffen, Freilassung der Inhaftierten und Zahlung einer Geldbuße bis heute Mittag, andernfalls sie in Duisburg einrückten würden. Dieses Ansinnen wurde von der Stadtverwaltung abgelehnt. Der Oberbürgermeister hat erklärt, daß die umliegenden Städte sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten Duisburgs enthalten müßten, wie dies Duisburg auch tun würde. Zum Empfang der Spartakisten steht auch die Bürgerschaft bewaffnet bereit. Duisburg ist wie eine Insel von allen Seiten durch Spartakisten eingeschlossen.

Die Sommerzeit in Frankreich.

London, 15. Febr. Am 1. März wird in Frankreich die Sommerzeit eingeföhrt. Die Normalzeit wird am 5. Oktober wieder in Kraft treten.

Ausweisung von Bolschewisten aus Amerika.

Washin, 14. Febr. 300 Bolschewisten und andere Subversoren wurden aus den Vereinigten Staaten ausgewiesen. 54 befinden sich gegenwärtig auf den Ellis-Inseln, um nach Europa geschickt zu werden.

Arbeitspflicht.

Warum brauchen wir eine Arbeitspflicht? Weil wir den Arbeitern jetzt nicht in allen vor dem Krieg betriebenen Gewerbezweigen Arbeit verschaffen können, sondern nur in den Unternehmungen, die über Rohstoffe und Arbeitsmöglichkeiten verfügen. Da die Mehrzahl der Arbeiter trotz unserer wirtschaftlichen Notlage glaubt, ein Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung zu haben, wenn ihr keine Stellen in ihren alten Gewerbezweigen vermittelt werden, muß ein Zwang zur Arbeitsannahme eingeföhrt werden. Arbeitslosenunterstützung darf künftig nur noch an solche Leute gezahlt werden, die überhaupt keine Arbeit, zu der sie befähigt sind, finden können oder die zeitweilig auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich überflüssig sind.

Warum eilt die Einföhrtung der Arbeitspflicht? Weil eine rechtzeitige und vollständige Erfüllung der Ablieferungsbestimmungen des Waffenstillstandsvertrages (Eisenbahnzug, landwirtschaftliche Maschinen, Handelschiffe) nur dann erreicht werden kann, wenn alle verfügbaren Arbeiter in den betreffenden Fabriken und Werkstätten, sowie im Bergbau die angebotene Arbeitsgelegenheit ergreifen. Von der pünktlichen Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen hängt aber die Nahrungsmittel- und die Rohstoffversorgung des ganzen deutschen Volkes ab. Wir können ohne Mitwirkung des Verbandes weder die durch Absperrung lahmgelegten Industrien mit Rohstoffen versorgen, noch können wir in den kritischen Monaten bis zur neuen Ernte ohne Entgegenkommen dieser Mächte unsere Ernährungslage sichern. Auch die Neutralen haben seit der Revolution darauf bestanden, für ihre Nahrungsmittel deutsche Waren oder Rohstoffe in Zahlung zu erhalten. Nur durch Erzeugnisse der deutschen Arbeit, nur bei entschlossener Mitwirkung aller arbeitsfähigen Deutschen können Deutschlands Volk und Wirtschaft vor dem Untergange bewahrt werden.

Darum wird von der Nationalversammlung die Einföhrtung der Arbeitspflicht gefordert. Nach der Verabschiedung der vorläufigen Verfassung und der Bildung einer ordentlichen

Reichsregierung ist die dringendste Aufgabe dieser Versammlung die Organisation der nationalen Arbeiter in Landwirtschaft und Industrie. Nur durch Arbeit kann Deutschland weiter leben, darum ist Arbeit eines jeden Deutschen erste Pflicht. (Köln, Zig.)

Von Nah und Fern.

Nassau, 18. Febr. Arbeiter, welche im unbesetzten Gebiet tätig sind oder dort tätig waren und ihre Beschäftigung wieder aufnehmen wollen, können nunmehr Dauerausweise erhalten. Die betreffenden Arbeiter haben sich auf dem Bürgermeisterei zu melden unter Vorlegung ihres Personal-Ausweises und einer Bescheinigung der beschäftigenden Firma.

Nassau, 18. Februar. Dem Schulamtsbewerber Richard Kindler in Frankfurt ist ab 1. 2. 1919 die auftragweise Vernehmung einer Lehrerstelle in Singhofen übertragen worden.

Nassau, 18. Februar. Die Auszahlung der Militärrenten für den Monat März findet am 26. Februar statt. Jeder Rentempfänger hat außer der Quittung eine Bescheinigung mit beglaubigter Unterschrift beizubringen. Vordrucke hierzu können jetzt schon am Posthalter in Empfang genommen werden.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. Februar 1919.

Anwesend: Alle Stadtverordneten, vom Magistrat Bürgermeister Hofencloer und alle Magistratsmitglieder.

1. Zum Mitglied des Holzabfuhrausschusses wird der Stadtverordnete Wilhelm Kurz I. gewählt.

2. Die Stadtverordnetenversammlung ist mit dem sofortigen Ausbau der Grabenstraße einverstanden. Der Magistrat wird gebeten, die Arbeiten und Verleistungen sofort auszuführen und in Kürze Vorlage wegen Auswohl guter Pflastersteine zu machen.

3. Die am 18. Januar stattgehabte Verpachtung der Gärten am Mittelpfad, Oberhofstraße, Anwender und Grabengarten wird genehmigt. Gesamtpacht 1179,80 M.

4. Einem Unternehmer wird die Steinbruchpacht aus dem Jahre 1914 in Höhe von 75 Mark erteilt.

5. Der Weg von der Mühlbachbrücke bis auf den Weg der Gemeinde Scheuern auf eine Entfernung von etwa 125 Mtr. soll chauffemäßig ausgebaut werden. Die entstehenden Kosten, die nach dem Vorschlage 2100 Mark betragen, sind zu 75% von Herrn Friedrich Emde zu übernehmen. Der Rest mit 525 Mark wird zur Verausgabung bewilligt.

6. Die Holzverleistungen sollen in der bisherigen Weise beibehalten werden. Ausnahmefälle bleiben dem Magistrat zur Beschlussfassung überlassen.

7. Die Stadtverordnetenversammlung ist mit dem vom Magistrat abgeschlossenen Kaufverträgen und zwar

a) mit Wilh. Kurz I. in Höhe von 17500 M., b) mit Karl Meusch in Höhe von 3150 M. einverstanden. Die Ausführung der geplanten Straßendurchbrüche bleibt weiterhin Entscheidung vorbehalten. Die erforderlichen Mittel werden aus dem Grundverwerbsfonds bewilligt.

8. Zur Prüfung der Stadtrechnung für 1917 werden gewählt die Stadtverordneten R. Adami, Wilhelm Kurz I., Emil Grenz.

Nach Erledigung der Tagesordnung teilte Herr Bürgermeister Hofencloer noch mit, daß die seitens der heutigen Regierung angeordnete Neuwahl der Mitglieder zur Stadtverordneten-Versammlung nicht stattfinden könne, solange nicht seitens des Hochkommandierenden der Besatzungsarmee die Anordnung hierzu ergangen sei. Zeitungsnachrichten zufolge sei diese Anordnung vorläufig nicht zu erwarten, da der Beschluß der Regierung mit den bisher gültigen Befehlen nicht in Einklang stehe.

Des weiteren gab Herr Bürgermeister Hofencloer bekannt, daß die Arbeiten zur Erweiterung des Friedhofes in Angriff genommen seien und daß eine Beschäftigung durch Mitglieder der städtischen Körperschaften erwünscht sei.

Endlich teilte Herr Bürgermeister Hofencloer noch mit, daß diejenigen Handwerker, Kleingewerbetreibenden etc., die durch den Krieg in Bedrängnis geraten seien, jederzeit beim Magistrat Hilfe erbitten könnten, ihren Betrieb fortzuführen und ihre Existenz zu erhalten. Es stehe die durch den Bezirksverband ins Leben gerufene Kriegshilfskasse zur Gewährung von Darlehen zur Verfügung, auch werde im einzelnen die Stadt gerne weitergehende Hilfe gewähren. Alle Arbeitslosen in der Stadt würden städtischerseits beschäftigt.

In bösem Schein.

Kriminalroman von Heinrich P. e.

20.) (Fortsetzung.)
„Renate, Sie lügen.“ flüsterte er ihr ins Ohr, sein heißer Atem berührte ihre Wangen — sie fuhr zurück. Sie schloß ihre Hände um ihn gepackt mit eisernem Druck, eine unsichtbare Gewalt hielt ihr den Mund zu, keiner Bewegung und Bewegung war sie mächtig. Hätte er sie nicht festgehalten wie in einem Schraubstock — sie wäre, weil ihr die Sinne zu vergehen drohten, umgeknickt.
„Renate ich habe ihr Wort breche ich — Sie sind mein.“ Er beugte sich über ihre Lippen.

„Lassen Sie mich, lassen Sie mich!“ stöhn- te sie.

An der Türe wurde ein Geräusch vernommen. Er gab die schon widerstandslos werdende Gestalt in seinen Armen frei und taumelte zurück. Es war Anna, die den Kopf durch die Tür steckte und nach irgend einer häuslichen Angelegenheit fragte. Sie bekam keine Antwort. Sie sah nur den Schatten ihrer Herrin in das Nebenzimmer gleiten, worauf man den Riegel hinter ihr sich zuschieben hörte.

„Das Fräulein ist nicht ganz wohl.“ sagte Hollfeld zu ihr und seine Stimme kam dem Mädchen merkwürdig verändert vor, „sie wünscht ungestört zu sein.“

Er ging die Treppe hinunter verließ das Haus. Längst war er wieder zur Besinnung gekommen. War er toll gewesen? ... Wie wollte er ihr noch fortan gegenüberstehen? ... Pah ... Und sein Grimm mit sich selbst, seine Furcht wendete sich in wilde Zornesheit. Mochte sie doch nun erfahren haben, daß er dem Willen hatte, die Rechte, die sie ihm über sich eingeräumt, auch durchzusetzen.

Der Frühling verging — der Sommer. Es war wieder einmal Herbst geworden.

Die Verlobung von Hollfeld und Renate hatte in der Zeit gestanden. Eine große Erbitterung rief es in den gesellschaftlichen Kreisen der Stadt hervor, daß Renate jetzt noch als „glückliche Braut“ auf ihrer Zurückgezogenheit verharrte. Weder wurden von dem Paare — und zwar wie Tante Bingen den ihr geliebten Freunden erzählte, auf Renates ausdrücklichen Wunsch — Besuche gemacht, noch Besuche von ihr angenommen. Kaum daß sie sich herbeigelassen hatte, die Mutter Hollfelds, die ihr fast mit Scheu und Furcht wie einer fremden vornehmen Prinzessin entgegengetreten war, kennen zu lernen. Auch ging sie noch immer, obwohl das Trauerjahr abgelaufen war, in Schwarz und dabei sah sie blaß und leidend aus. Auch der Brautgamb bot nicht gerade das Bild eines beglückten Menschen. Er sah unzufrieden und finstern aus und gegen seine Leute in der Fabrik war er noch strenger als je. Die Trauung sollte auch nicht in der Kirche stattfinden, weil die Braut sich keinem Aufsehen aussetzen wollte, sondern es hieß, daß sich das Paar mit dem Standesamt begnügen würde, daß unter solchen Umständen auch die ganze Feier nur auf das allernotwendigste beschränkt bleiben sollte, verstand sich von selbst.

Noch kurze Zeit und der Tag der Hochzeit war da. An einem dieser Tage war es, als wie gewöhnlich auf dem Bahnhof der Berliner Frühzug einlief.

Herrstadt! Herrstadt! riefen die Schaffner, eilig die Abteiltüren aufstreichend. Aus dem Gleisfenster des Bahnhofgebäudes stiegen stehende Gestalten heraus, die Angekommenen zu mustern, vor der Eingangsbarriere standen mit ihren betriebligen Mägen die sechs oder acht Vertreter der Herrstädter Hotels zusammen und riefen den Passagieren die Namen ihrer Häuser entgegen und draußen auf dem kleinen Platz, wo die altmodischen Omnibusse und die wenigen Droschken standen, blühten in den herumgezogenen Anlagen im hellsten Herbstsonnenschein die wohlgepflegten Rosenbeete und in den alten Kastanienbäumen, welche die nach der Stadt führende staubige Chaussee umstimmten, hingen die stacheligen grünen Knollen und warteten darauf, von der lieben Jugend heruntergeschlagen zu werden. Es war ein Herbsttag, ein Reisewetter, wie man es sich nicht schöner wünschen konnte.

Unter den Ausgestiegenen befand sich auch ein gutgekleideter, schlankgewachsener junger Mann. Niemand von den Leuten auf dem Bahnsteig begrüßte ihn. Er schien fremd zu sein. Als Gepäck hatte er nur eine kleine Handtasche bei sich. Sein Aufenthalt in der Stadt schien also nur für eine kurze Dauer berechnet. Um den Ziel seiner Reise zu gelangen, der Rosenauischen Fabrik, deren rotes Gebäude schon bei dem Austritt aus dem Bahnhofsgelände jenseits der Felder deutlich herüberblickte, hatte er — das war der kürzeste Weg — dieselben nur zu überschreiten brauchen, aber noch standen die Spuren der letzten Liebesverwirrung darauf, die der nahe Strom herbeigeführt hatte. So stieg er in einen Wagen, der nun in die Kastanienallee einbog.

Das Herz hatte dem jungen Manne bei dem Anblick des roten Gebäudes drüber höher gepocht. Nun fuhr der Wagen, weil der Weg erst recht ab durch die Stadt ging, in der entgegengesetzten Richtung und das rote Gebäude entschwand vor ihm. Aber sein Herz klopfte in dem lebhaftesten Maße erfüllt von der Erwartung dessen, was schon die nächste halbe Stunde bringen mußte, weiter. Es klopfte freier — viel, viel freier und auch viel, viel froher als noch gestern um diese Zeit, da er mit dem von Herrn Hübner erteilten Urlaub — wenn es nicht ein Urlaub würde, der sich zu Jahren dehnte und dem keine Rückkehr folgte — noch auf der Reise nach der Hauptstadt war.

Was hatten diese vierundzwanzig Stunden von gestern zu heute ihm nicht gebracht. Ein heißes Dankgebet dafür hatte er zum Himmel geschickt. Von der goldenen Herbstsonne, die rings um ihn leuchtete und auf die grauen spitzen Schleierdächer der vor ihm liegenden Stadt bligte, fiel ein warmer heller Strahl, wie er es sich niemals erhofft, auch in seine eigene Brust, wenn auch noch dunkle Trauer genug darin zurückblieb, die Trauer um das unwiederbringlich Verlorene, Renates Liebe. Und wie er an sie dachte so dachte er jetzt auch an Ellen zurück. Ellen! Die Blut auf ihren Wangen, der leuchtende Schimmer in ihren

Augen, als er von ihr Abschied nahm, als sie ihn fragte, wann er wiederkommen würde, als er ihr sagte, er wisse es nicht, als es wie ein trauerndes Ahnen über ihr liebes Gesicht zog — dieser Augenblick hatte es ihm verraten. Sie hatte ihn lieb. Und doch — in seinem Herzen war kein Platz für eine andere mehr. (Fortf. folgt.)

H. R. A. 32.

Bekanntmachung.

In das Handelsregister A ist heute unter Nr. 32 die Firma **Sally Löwenberg, Nassau a. d. Lahn** und als deren Inhaber der Kaufmann Sally Löwenberg, Nassau a. d. Lahn, eingetragen worden.

Nassau, 11. Febr. 1919.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der Wegewärter Philipp May aus Sulzbach hat seinen **Ausweis** für den dauernden Verkehr auf den Wegen in den Gemeinden Sulzbach, Becheln, Dienethal, Nassau, Scheuern, Schweighausen und Oberhof auf der Strecke zwischen Scheuern und Dienethal verloren.

Der Finder wird ersucht, den Ausweis sofort dem Landeswegemeister Haguer in Bad Ems abzuliefern.

Etwas mißbräuchliche Benutzung des Ausweises wird bestraft.

Oberlahnstein, den 14. Februar 1919.

Landesbauamt.

Nachrichten des Wirtschafts- amtes der Stadt Nassau.

Fleisch.

Die Menge Fleisch und Fleischwurst, die in dieser Woche verabsolgt wird, ist aus dem Auszug in den Metzgerläden zu ersehen.

Der Verkauf von Fleisch und Fleischwaren findet am Freitag statt und zwar vormittags von 7½ — 12 und nachmittags von 1 — 7 Uhr.

Im Interesse eines geregelten Verkaufs werden die Verkaufsstunden wie folgt festgesetzt.

Freitag Vormittag.

Von 7½ — 9 Uhr Fleisch. 1001 — 1500
ferner Hühner und Zinnerfleisch.
Von 9 — 10½ Uhr Fleisch. 1501 — 2000
Von 10½ — 12 Uhr Fleisch. 2001 — 2400

Freitag Nachmittag.

Von 1 — 2½ Uhr Fleisch. 2401 — 2900
Von 2½ — 4 Uhr Fleisch. 2901 — Schl. und 1 — 250
Von 4 — 5½ Uhr Fleisch. 251 — 650
ferner Winden
Von 5½ — 7 Uhr Fleisch. 651 — 1000

Umtausch der Brotkarten.

Die neuen vom 24. Februar ab gültigen Brotkarten werden am Samstag, den 22. Februar, vormittags von 8 — 12 Uhr und nachmittags von 1½ — 4 Uhr auf dem Rathause ausgegeben.

Nährmittel.

Auf Abschnitt 3 der Lebensmittelkarte werden vom 19. bis 23. Februar in den Geschäften von J. W. Kuhn, Karl Bebler und Kölner Konsum Nährmittel verabfolgt.

Kunsthonig.

In den Geschäften von A. Trombetta, Win. Buch und Frau A. Buch werden vom 19. bis 23. Februar auf Abschnitt 4 der Lebensmittelkarte 250 Gramm Kunsthonig ausgegeben.

Büchsenwurst.

In der Metzgerei Huth, Emserstr. 3, steht Rohwurst zum Verkauf. Preis für die ½ kg-Büchse 3.— M.

Futtermittel.

Der Stadt sind für Milchvieh folgende Futtermittel angeboten worden:

Haferskleie	zu M 10,—
Rübenschnitzel	„ 27,—
Schilfrohmehl	„ 23,—
Bucheckernkuchen	„ 13,—
Leimgallertfutter	„ 27,80

der Feintner ab Ditz ohne Fracht und Spesen.

Bestellungen werden bis Montag, den 24. Februar, auf dem Rathause entgegenommen.

Statt Karten!

Die Verlobung unserer einzigen Tochter ELLA mit Herrn THEO MISSLER beehren wir uns sehr ergebenst anzuzeigen.

Gutsbesitzer Karl Koch u. Frau Anna, geb. Koch.

Werder (Altmark)

Februar 1919.

Nassau

Fleischverorgungsbezirk Bergnassau-Scheuern.

Die Fleischabgabe erfolgt in dieser Woche:

Freitag Vormittag:

An die Bewohner von Bergn.-Scheuern:
Von 9 — 10 Uhr Fleischkarten 101 — 200
Von 10 — 11 Uhr Fleischkarten 201 — Schl.
Vor 11 — 12 Uhr Fleischkarten 1 — 100

Freitag Nachmittag:

Von 3 — 4 Uhr Oberhof, Schweighausen, Diefighofen und Beisig,
Von 4 — 5 Uhr Dienethal und Miffelberg,
Von 5 — 6 Uhr Sulzbach.

Bergn.-Scheuern, 18. Februar 1919.

Der Bürgermeister Na u.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit sagen herzlichen Dank
Christian Müller u. Frau Susanne, geb. Ferdinand.
Nassau, 19. Februar 1919.

Tüchtiges, sauberes Mädchen

vom Lande, das melken kann, zum 1. oder 15. März gegen guten Lohn gesucht.

Gastwirtschaft u. Metzgerei Heinrich Paulus, Nassau-Lahn.

Kaffee-Erfrischmittel

Pfeiffer und Diller's Kaffee-Erfrischmittel in 100 Gramm-Päckchen, in 125 Gramm-Fleischdosen.

Grand-Kaffee-Erfrischmittel in 1 Pfund-Paketen.

Korrand in 1 Pfund-Paketen.

Seelig's Kaffee-Erfrisch-Mischung in 1 Pfund-Paketen, gegen Marken, empfiehlt.

J. W. Kuhn, Nassau.

Herr sucht möbl. event. auch unmöbl. Zimmer mit Verpflegung und Bedienung.

Angebote an den Nassauer Anzeiger.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.

J. W. Kuhn, Nassau.